

Ein illegaler Verteidigungsfonds für illegitime EU-Kriege

Widerstand gegen den noch vorläufigen EU-Rüstungshaushalt ist angesagt!

von Peter Feininger

Der Plan der EU-Kommission ist es, einen Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) zu schaffen, um zusammen mit anderen Maßnahmen „die Effizienz und die Synergie bei Verteidigungsausgaben der Mitgliedstaaten zu steigern und so eine innovative Rüstungsindustrie zu fördern“¹. Dabei geht es um eine sogenannte „Öffnung der nationalen Rüstungsmärkte“ und eine industrie- und forschungspolitische Förderung von Kooperationsprojekten auf EU-Ebene, die sich auf militärische Forschung, Entwicklung und Beschaffung erstrecken. Der Europäische Verteidigungsfonds ist illegal, weil der EU-Vertrag eine Verwendung von EU-Haushaltsmitteln für militärische Zwecke ausschließt. Die europäische Linke hat ein Rechtsgutachten gegen den EVF vorgelegt. Vor Gericht droht dem Fonds unter Umständen das Aus, eine Klage steht bisher noch aus. Die Einrichtung eines EVF wäre auch eine glatte Entmachtung des Europäischen Parlaments, weil es auf die konkrete Verwendung der Mittel aus dem mittelfristigen Finanzrahmen keinen Einfluss mehr hätte. Zu den zentralen Projekten des EVF zählen zum Beispiel Soldatensysteme, das wären moderne, nach allen Regeln der Kunst ausgerüstete und gesteuerte Soldaten für Einsätze fern von Europa oder auch in urbanem Gebiet, das durchaus auch in Europa liegen kann. Bis jetzt gilt der Europäische Verteidigungsfonds nur als vorläufige Vereinbarung, gegen die sich schon einiger Widerstand aufbaut, der aber noch massiver werden kann und werden muss.

Die EU-Linke gegen Militarisation und Verteidigungsfonds

Der Kampf der Europäischen Linken gegen die Militarisation der EU ist äußerst wichtig. Gefährliche Etappen dieser Militarisation sind Initiativen, die konzentriert seit 2017 laufen, wie Pesco, Card, EVF und EI2. Pesco besteht in der „ständigen strukturierten Zusammenarbeit“ fast aller EU-Mitgliedstaaten im Bereich der „Sicherheit und Verteidigung“, zielt also auf die militärischen Fähigkeiten. Card bedeutet eine koordinierte jährliche Verteidigungsanalyse, zielt also auf die Verteidigungsplanung. EVF soll einen europäischen Verteidigungsfonds darstellen, zielt also auf die Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern innerhalb der EU. EI2, die europäische Interventionsinitiative, soll Militäraktionen außerhalb der EU-Strukturen organisieren. Der französische Präsident Emmanuel Macron strebt hier schnelle und gemeinsame Militärinterventionen ausgewählter europäischer Länder an. Zu den aktuell zehn Ländern, die sich der Initiative angeschlossen haben, zählt im Unterschied zu Pesco auch Großbritannien.

Das Notifizierungspapier für Pesco wurde im November 2017 von den Außen- und Verteidigungsministern fast aller EU-Staaten unterzeichnet und im Dezember 2017 vom Rat beschlossen – insgesamt 25 EU-Länder schlossen sich an. „Pesco (englisch Permanent Structured Cooperation, kurz PESCO, deutsch Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, kurz SSZ) bezeichnet die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die sich in der Gemeinsamen Sicherheits- und

Verteidigungspolitik (GSVP) besonders engagieren wollen. Dies kann die Interoperabilität zwischen EU-Mitgliedsstaaten im Wehrbereich, zum Beispiel eine Synchronisierung der nationalen Streitkräftenstrukturen oder die Durchführung gemeinsamer Rüstungsprojekte bedeuten. Der Abbau von bürokratischen Barrieren soll zu einer Art ‚militärischem Schengen‘ führen und könnte langfristig die Gründung einer Europäischen Armee vorbereiten. Dieses Fernziel wird häufig auch ‚Europäische Verteidigungsunion‘ genannt.“²

Der Europäische Verteidigungsfonds (EVF), der Ende 2016 von der Europäischen Kommission angestoßen wurde, soll aus dem EU-Haushalt befüllt werden. Die Verwendung von EU-Haushaltsmitteln für militärische Zwecke ist aber laut EU-Vertrag ausgeschlossen. So heißt es in Art. 41 EU-Vertrag, bezugnehmend auf die Durchführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)³:

„(1) Die Verwaltungsausgaben, die den Organen aus der Durchführung dieses Kapitels entstehen, gehen zulasten des Haushalts der Union.

(2) Die operativen Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Kapitels gehen ebenfalls zulasten des Haushalts der Union, mit Ausnahme der Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen und von Fällen, in denen der Rat einstimmig etwas anderes beschließt.

In Fällen, in denen die Ausgaben nicht zulasten des Haushalts der Union gehen, gehen sie nach dem Bruttonettoprodukt-Schlüssel zulasten der Mitgliedstaaten, sofern der Rat nicht einstimmig etwas anderes beschließt. Die Mitgliedstaaten, deren Vertreter im Rat eine förmliche Erklärung nach Artikel 31 Absatz 1 Unterabsatz 2 abgegeben haben, sind nicht verpflichtet, zur Finanzierung von Ausgaben für Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen beizutragen.“

Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano stellt demnach in einem Rechtsgutachten im Auftrag der Fraktion der GUE/NGL im EP fest, dass ein Europäischer Verteidigungsfonds illegal wäre⁴:

„Eine Finanzierung der verteidigungsbezogenen Fördermaßnahmen aus dem allgemeinen Haushalt der EU scheidet aus. Die operativen Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der GASP, die wie im Fall des EVF aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen entstehen, gehen nach Art. 41 Abs. 2 UA 1 EUV grundsätzlich nach dem Bruttonettoprodukt-Schlüssel zulasten der Mitgliedstaaten.“

EU-Rechtsexperten: „Vor Gericht droht dem Fonds das Ende“

Somit erscheint uns die Rechtslage ziemlich klar. Martin Schirdewan, gab als Leiter der Delegation der Partei DIE LINKE. im Europäischen Parlament an: „Dieses Gutachten bestätigt unsere schlimmsten Vermutungen bezüglich des Europäischen Verteidigungsfonds. Damit ist offensichtlich, dass die Kommission durch die geplante Umverteilung von öffentlichen Geldern aus den Struktur- und Regionalfonds in militärische Projekte nicht nur politisch grundfalsch handelt, sondern geltendes europäisches Recht bricht. Wir werden

gemeinsam mit der Bundestagsfraktion DIE LINKE alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um diese Politik zu stoppen.“⁵

Andreas Fischer-Lescano bestätigt in seinem Gutachten: „Gegen die kompetenzwidrige Errichtung des EVF steht der Rechtsweg zum EuGH und auch zum BVerfG offen.“

Dem Spiegel sagte Fischer-Lescano⁶:

„(...) der Lissabonner EU-Vertrag verbiete die Finanzierung militärischer oder verteidigungspolitischer Projekte aus dem Gemeinschaftshaushalt. Die Kommission versuche zwar, das Problem zu umgehen, indem sie Industrie- und Forschungsförderung als Hauptziele des Fonds ausbebe, so Fischer-Lescano. Doch dessen Hauptziel sei eindeutig, ‚die Verteidigungsfähigkeit zu verbessern‘.

Zwar heißt es in der Verordnung für den Fonds, dass man ‚Schlüsseltechnologien in kritischen Bereichen‘ entwickeln müsse, um sich ‚die Technologieführerschaft zu sichern‘. (...)

Die Kommission versuche, die Hauptzwecke des Verteidigungsfonds umzudeklarieren, ‚verwischt dabei die Spuren aber nicht sorgfältig genug‘. Man habe es mit dem Versuch eines ‚offenen Rechtsbruchs‘ zu tun. Auch der Göttinger EU-Rechtler Alexander Thiele sieht in dem Kommissionsvorschlag einen ‚qualifizierten Verstoß‘ gegen europäisches Recht.

Vor Gericht droht dem Fonds das Ende

Einig sind sich die beiden Juristen auch darin, dass das Verteidigungsfonds-Konstrukt spätestens vor dem Europäischen Gerichtshof oder dem Bundesverfassungsgericht zusammenbrechen könnte. (...) Die Kommission greife mit ihrer Verordnung auch auf unzulässige Art in die Kompetenzen der Mitgliedstaaten ein, darunter die Mitspracherechte des Bundestags.“

Gestützt auf das Gutachten begründeten die Abgeordneten der linken Fraktion im EU-Parlament im November 2018 in einer Minderheitenansicht ihre Ablehnung⁷: „Wir lehnen den Bericht ab, weil: die EU damit zu einem globalen Akteur im militärischen Bereich aufgerüstet wird; er dazu dient, den Verteidigungssektor und den militärisch-industriellen Komplex zu subventionieren, und wahrscheinlich verstärkte Rüstungsexporte die Folge sein werden; damit die zivile Politik militarisiert wird und Industrie und Wettbewerbsfähigkeit als Vorwand dafür genutzt werden, die Verteidigungsfähigkeiten der EU im Rahmen der GSVP/GASP weiter zu entwickeln; darin ein Ausbau der zivil-militärischen Zusammenarbeit unterstützt wird.“

Die Grünen sind hier wahrlich keine Partner. So äußerte sich zum Beispiel Reinhard Bütikofer von den Grünen im Europaparlament zum EU-Verteidigungsfonds: „Die versprochene Richtung würde eigentlich stimmen. Aber man kommt in diese Richtung nicht wirklich voran“⁸. Man darf sich nicht täuschen lassen. Die Grünen unterstützen die Ziele des Europäischen Verteidigungsfonds uneingeschränkt. Ihre Kritik gilt lediglich einer angeblich ineffektiven Umsetzung.

Auch die SPD-Prominenz ist von Anfang an dabei – im Gegensatz zu den Europa-Abgeordneten der SPD. Am 29. September 2018 hielt Olaf Scholz eine große Rede vor dem französischen Unternehmerverband MEDEF. Darin propagierte er eine Emanzipation von den USA und eine Konkurrenz zu China mithilfe einer gemeinsamen europäischen Beschaffung von Waffen, der Zusammenlegung nationaler Rüstungsfirmen zu europäischen Konzernen sowie einer gemeinsamen Forschungspolitik im Bereich künstlicher Intelligenz. Die Welt erläutert, dass die USA mit 550 Milliarden Euro Militärausgaben doppelt so hoch liege wie alle 28 EU-Staaten.⁹ Die USA

gebe auch relativ weniger Geld für Personal aus und mehr für Waffen. Die EU-Staaten unterhielten 178 Waffensysteme, die USA nur 30. Es gebe in Europa 17 unterschiedliche Panzerarten, in den USA nur einen. Die USA würden ihr Geld also auch effektiver ausgeben¹⁰. Die Welt schreibt:

„Derzeit ist es günstiger, Waffensysteme in den USA zu kaufen. Die werden dort vom US-Militär in so großen Stückzahlen abgenommen, dass der Preis dafür sinkt. Vom Tarnkappen-Mehrzweckkampfflugzeug F-35 des US-Konzerns Lockheed Martin etwa kauft die Airforce 2400 Maschinen ein. Von den europäischen Kampfflugzeugen Tornado wurden 917 Maschinen geordert, vom Eurofighter 600 – und da waren noch mehr Länder beteiligt.

Davon abgesehen: Laut Planung wäre der Nachfolger des Eurofighters ohnehin erst im Jahr 2035 fertig. ‚Europa muss seine Souveränität klarer definieren und eindeutig dazu stehen, dass wir in der Verteidigung und Raumfahrt eine Unabhängigkeit bewahren müssen‘, sagt der Airbus-Rüstungschef Dirk Hoke. Was Geld kostet.“

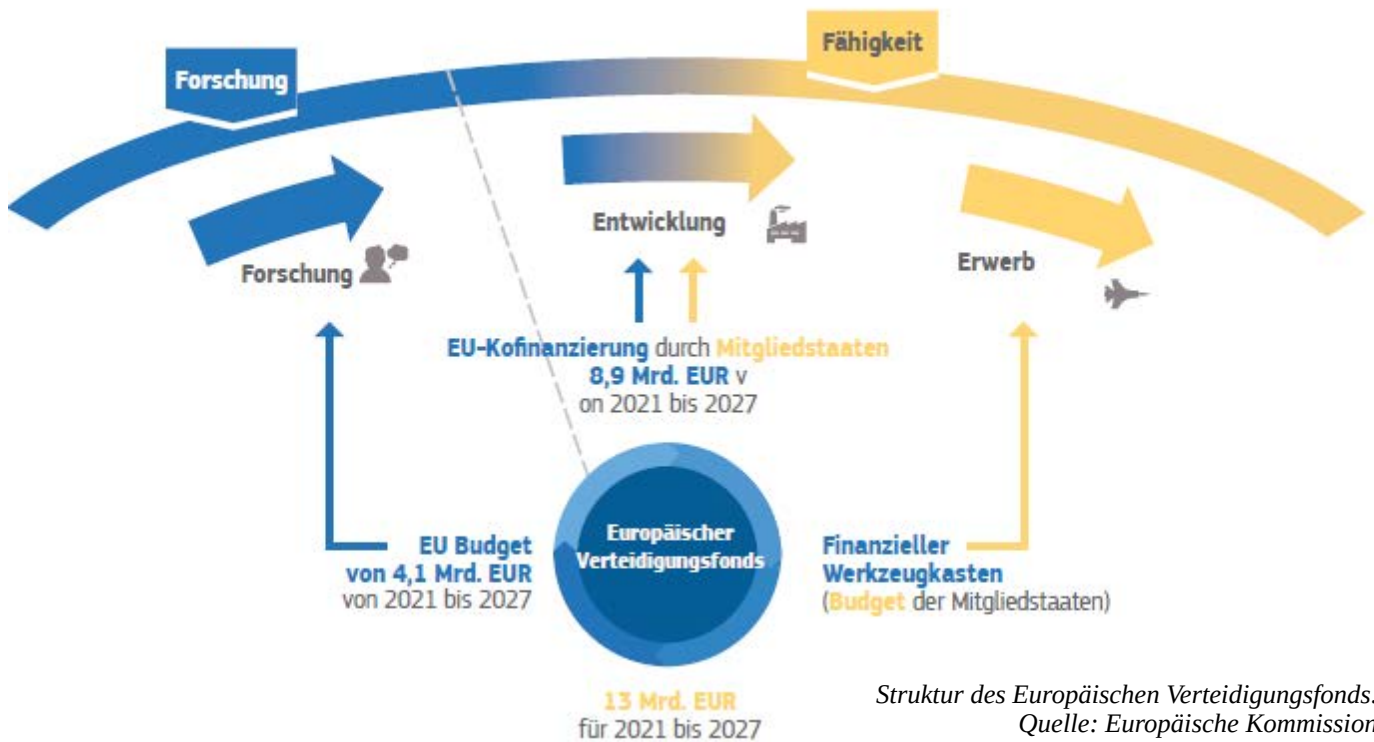
Matthias Wachter vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) unterstützte den Vorschlag von Olaf Scholz, er berge Synergiepotenzial und Europa müsse Verteidigung und Rüstung stärker als bislang in die eigenen Hände nehmen. Das Problem geht aber nach Ansicht der Unternehmerverbände weit über die Bereitschaft der EU(-Staaten) zu höheren Militärausgaben hinaus: „Wenn jetzt gefordert wird, dass die Europäer mehr Verantwortung für ihre Verteidigung übernehmen, gemeinsame Projekte anschieben und sogar Teile ihrer Rüstungsindustrie fusionieren sollen, muss man auch bereit sein, über eine Harmonisierung der nationalen Rüstungsexportrichtlinien zu diskutieren. Deutschland wird sich dabei auf seine Partner zubewegen müssen“, wird Wachter zitiert¹¹.

So dürfte die Außerkräftsetzung beziehungsweise Umgehung der deutschen Rüstungsexportbeschränkungen damit ganz oben auf der politischen Agenda stehen. Allerdings hat das Rechtsgutachten, das die Linksfraktion im EU-Parlament in Auftrag gegeben hat, doch ziemlich Gegenwind erzeugt. So titelte Euractiv im Dezember 2018 „Gutachten: gemeinsamer Verteidigungsfonds könnte gegen EU-Recht verstoßen“¹². Und Euractiv ist mit zweieinhalb Millionen Seitenaufrufen und einer Million Einzelbesuchern pro Monat führend unter den Online-Medien, die auf EU-Politik spezialisiert sind. Im Europäischen Parlament wurde der EVF-Vorschlag (Europäischer Verteidigungsfonds) mit 337 Ja-Stimmen bei 178 Gegenstimmen und 109 Enthaltungen angenommen. Es sind gewaltige Maßnahmen auf dem Rüstungssektor, die damit ins Haus stehen, es handelt sich um eine regelrechte Plünderung des EU-Haushalts zugunsten des Militärs.

Die Sache wird sich jetzt dramatisch zuspitzen. Die europäischen Arbeitgeberverbände, die Militärs und die herrschenden politischen Kreise in der EU werden einen gnadenlosen Druck entfachen. „Daniel Fiott, Analyst am EU-Institut für Sicherheitsstudien (EUISS), erklärte, es herrsche die Erkenntnis vor, dass ‚wenn die Europäer in den nächsten fünf oder zehn Jahren keine eigenen Programme haben, wenn sie ihre eigenen kleinen und mittelständischen Unternehmen und Innovatoren nicht unterstützen, dann wird es in fünf bis zehn Jahren keine europäische Rüstungs- und Verteidigungsindustrie mehr geben.“¹³

EU-Parlament: Ohne Vetorecht abgenickt

Der Europäische Verteidigungsfonds (EVF) wurde am 18. April 2019 im EU-Parlament in erster Lesung durchgewun-



ken. In einem langen Dokument über die Tagesordnung der Plenarsitzung vom 15. bis 18. April 2019 in Straßburg zählt die Entschließung über den EVF gar nicht zu den „Schwerpunkten der Plenarsitzung“, sondern taucht lediglich ohne nähere Beschreibung unter dem Titel „weitere Tagesordnungspunkte“ auf Seite 15 der 17-seitigen Übersicht auf mit dem dürren Hinweis auf: „Europäischer Verteidigungsfonds – Bericht: Zdzisław Krasnodebski, Abstimmung Mittwoch“¹⁴. So trug also der Pressedienst, Generaldirektion Kommunikation Europäisches Parlament, schon im Vorfeld zur Verschleierung des Vorhabens bei.

Dennoch verschärfte sich zumindest im Parlament die Debatte, als das Abkommen zur Einrichtung des EVF unterzeichnet werden sollte. Euractiv fasst in einem Artikel zusammen¹⁵: „Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben am Donnerstag (18. April) ein Abkommen zur Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) in Höhe von mehreren Milliarden Euro unterzeichnet und damit die parlamentarische Aufsicht über das EU-Programm für militärische Subventionen aufgegeben.“ Für die Einrichtung eines EVF gab es im April weniger Ja-Stimmen als im Dezember und vor allem deutlich mehr Nein-Stimmen: 328 Ja, 231 Nein, 19 Enthaltungen.

Was bedeutet die Formulierung: Die Abgeordneten des EU-Parlaments hätten „damit die parlamentarische Aufsicht über das EU-Programm für militärische Subventionen aufgegeben“? Euractiv erläutert:

„Einige Abgeordnete waren verbittert über die Zugeständnisse, die das Parlament den Mitgliedstaaten gemacht hat, als sie die parlamentarische Kontrolle über den Fonds aufgaben.“

Die vor der Abstimmung zirkulierenden und von EURACTIV erhaltenen Schreiben deuten darauf hin, dass die Verhandlungen über die partielle politische Einigung über den Fonds zwar formell abgeschlossen sind, die EU-Versammlung aber darüber gespalten war, welche Rolle sie in Zukunft spielen wird.

Nach der Abstimmung haben die Gesetzgeber der EU kein Vetorecht bei Projekten, die aus dem EVF finanziert werden.

In einer hitzigen Debatte am Mittwochabend (17. April) bezeichneten die Berichterstatter des Dossiers die Kritiker des Fonds als ‚Pazifisten, die versuchen, die Zukunft unserer Branche und die Sicherheit unserer Bürger zu gefährden‘.

„Wir haben den Kampf um einen gemeinsamen und starken Europäischen Verteidigungsfonds für die Zukunft gewonnen, und das trotz der Hindernisse, die von ideologischen Gegnern errichtet wurden“, sagte die französische Mitte-Rechts-Abgeordnete Françoise Grossetête nach der Abstimmung.

Als Bedingungen für Militärforschung und Entwicklung von Waffen durch den EVF gelten: „Kollaborative Verteidigungsforschungsprojekte müssen drei oder mehr Mitgliedstaaten einbeziehen, während die EU die Forschung gemeinsam mit den nationalen Regierungen kofinanzieren wird. Das Programm umfasst auch die Entwicklung von Waffenprototypen, sofern sich die beteiligten Mitgliedstaaten verpflichten, das Endprodukt zu erwerben.“ Ansonsten kann der EVF anscheinend im Rahmen des EU-Haushalts ohne jede Kontrolle durch das Parlament agieren, um „modernste Verteidigungstechnologien und -geräte in Bereichen wie künstliche Intelligenz, Drohnentechnologie, Satellitenkommunikation und Nachrichtensysteme“ zu entwickeln, zu fördern und zu finanzieren, wie es die Kommissarin Bienkowska formulierte¹⁶.

Parlament ausgeschaltet, Rüstungskonzerne eingeschaltet

Das Abkommen muss nun von den Ministern genehmigt werden. Ab Herbst wird das neu zusammengesetzte Europäische Parlament über den noch offenen finanziellen Teil des Abkommens verhandeln. Die Verhandlungen um den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) genannten EU-Haushalt werden erst im Frühjahr 2020 in die heiße Phase gehen und sich dann noch eine Weile hinziehen. Es gibt jetzt also noch Spielraum, um juristisch gegen das EVF-Abkommen vorzugehen und eine politische Kampagne zu führen, die erst mal breit aufklären muss, was da für ein Horror geplant ist.

Es ist geplant, dem Europäischen Verteidigungsfonds im nächsten MFR 13 Milliarden Euro zuzuschützen. „Dieses Budget würde sich auf 4,1 Milliarden für die gemeinsame Verteidigungsforschung, und 8,9 Milliarden Euro, um die

Investitionen der Mitgliedstaaten zu ergänzen, verteilen. Beispielsweise sollen die Kosten für die Prototypenentwicklung (bis zu 20 Prozent) und die Sicherstellung der Zertifizierungs- und Prüfanforderungen (bis zu 80 Prozent) mit EU-Mitteln kofinanziert werden. Dazu könnte auch die Entwicklung neuer Waffensysteme gehören, darunter die Euro-Drohne oder ein deutsch-französischer Kampfpanzer.“¹⁷

Einen endgültigen Haushaltsentwurf für den EVF gibt es allerdings erst mit der Entscheidung über das EU-Budget für den Zeitraum 2021–2027, das vom neugewählten Parlament genehmigt werden muss. Im Grunde erfolgt die Festlegung des Mehrjährigen Finanzrahmens durch eine Verordnung, die vom Rat der Europäischen Union auf Grundlage eines Vorschlags der Kommission einstimmig verabschiedet wird, nachdem das Europäische Parlament mehrheitlich zugestimmt hat. Anders als beim jährlichen Haushaltsplan hat das Parlament beim MFR nur ein Vetorecht und keine Möglichkeit, formale Änderungsvorschläge einzubringen. Die Festlegung, die Mittel für den EVF über den Mehrjährigen Finanzrahmen aufzubringen und nicht etwa über den jährlichen Haushaltsplan des EU-Parlaments, ist hinterhältig und dient dazu, das Parlament auszuschalten.

Obwohl auch der Jahreshaushaltsplan der EU zunächst von der Kommission formuliert und im Rat abgestimmt wird, bevor er ins Parlament kommt, hat das EU-Parlament in einem komplexen Verfahren die Möglichkeit, auf den Haushaltsplan Einfluss zu nehmen. Unter Umständen kann das Parlament den Jahreshaushaltsplan trotz Ablehnung durch den Rat mit einer Dreifünftelmehrheit gegen den Rat durchsetzen.

Obendrein ist offensichtlich vorgesehen, dass das Parlament nach der Festlegung des Mehrjährigen Finanzrahmens keinerlei Mitsprache mehr über die konkrete Verwendung der Mittel des Europäischen Verteidigungsfonds hat.

„Eine rechte Mehrheit im Europäischen Parlament hat mit dem Rat eine vorläufige Einigung darüber erzielt, dass der Europäische Verteidigungsfonds Milliarden Euro an die Rüstungsindustrie verteilen soll – ohne jegliche parlamentarische Mitsprache! Dabei wurden zahlreiche Parlamentspositionen geopfert, die zuvor im Industrieausschuss noch eine Mehrheit gefunden hatten,‘ zeigte sich Reinhard Bütikofer, Verteidigungssprecher der Grünen/EFA, nach der Sitzung empört.“¹⁸

Tatsächlich sah schon das ursprüngliche Dokument, das die Kommission im Juni 2017 zur Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds vorlegte, keinerlei Beteiligung des Parlaments vor. Das betraf die Lenkung dieses Fonds bis zum Jahre 2020, für die vorläufig Mittel aus den Jahreshaushalten entnommen wurden/werden, um mit der Förderung der Rüstungsindustrie und der Forcierung der Rüstungsforschung sofort beginnen zu können¹⁹.

Wie die Grafik „Europäischer Verteidigungsfonds – Lenkung bis 2020“ zeigt, wird eine „strategische Autonomie der EU“ anvisiert und darunter vage, nicht näher begründete Zielvorgaben subsumiert: „Krisenmanagement, Fähigkeitsaufbau, Schutz Europas“. Auf dieser Basis werden von den Mitgliedstaaten „militärische Prioritäten“ vereinbart. Diese fließen in einen „Koordinierungsausschuss“ ein, der wiederum zwei Programmausschüsse bedient, über die die Mitgliedstaaten zum einen zur Verteidigungsforschung Stellung nehmen, zum anderen zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich konsultiert werden. Dies landet wieder bei der Kommission und geht dann bei der Verteidigungsforschung zu einer sogenannten Durchführungsstelle für Forschungsprojekte und bei

der industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich unmittelbar an jeweils mindestens drei Industriekonsortien und Projektmanager für die Bereiche Luftwaffe, Heer und Marine. In diesem ganzen Prozess ist das EU-Parlament nicht mehr vorgesehen.

„Arbeitsprogramme“: Vorgriff der EU-Kommission

Ein Teil der Maßnahmen im Vorfeld des Europäischen Verteidigungsfonds sind sogenannte Soldatensysteme. Das System Infanterist der Zukunft (IdZ-2) wird bereits seit 2013 unter der Bezeichnung „Gladius“ von Rheinmetall Defence Electronics aus Bremen an die Bundeswehr ausgeliefert. Das Kurzschwert Gladius war nicht nur die Standardwaffe der Infanterie der römischen Armee, sondern gab auch den Gladiatoren ihren Namen. Im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds wurde Rheinmetall von Anfang an die Führungsrolle übertragen, einen europäischen „Gladiator“ zu konzipieren, sicher mit dem Bundeswehrprogramm „Gladius“ als Basis. Das schien uns schon bemerkenswert und man sollte diesen neuen, gefährlichen Typus des Soldaten, der hier in der EU mit vereinten Kräften und unter deutscher Führung kreiert wird, scharf im Auge behalten. Es könnte sich auch um ein System handeln, in das Söldner aller Art, auch verwirrte Studienabgänger vornehmlich der Bundeswehr-Hochschulen, Kriminelle oder auch die militanten Flügel der europäischen Rechten integriert werden können, um sie lückenlos zu steuern und voll kontrolliert als Gladiatoren zu verwenden in kommenden Militäreinsätzen der EU.

Im März 2019, also noch vor der ersten Lesung des Europäischen Verteidigungsfonds im EU-Parlament, vermeldete die EU-Kommission: „Europäischer Verteidigungsfonds auf Kurs: 525 Mio. EUR für Eurodrone und andere gemeinsame Forschungs- und Industrieprojekte“²⁰:

„Die Kommission hat heute Arbeitsprogramme zur Kofinanzierung gemeinsamer Industrieprojekte im Verteidigungsbereich im Umfang von bis zu 500 Mio. EUR für den Zeitraum 2019–2020 angenommen. Weitere 25 Mio. EUR wurden für die Unterstützung von Kooperationsprojekten im Bereich Verteidigungsforschung im Jahr 2019 vorgesehen, wobei heute Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlicht wurden.

Die Juncker-Kommission unternimmt damit noch nie dagewesene Anstrengungen zum Schutz und zur Verteidigung der europäischen Bürgerinnen und Bürger. Ab 2021 wird ein vollwertiger Europäischer Verteidigungsfonds eine innovative und wettbewerbsfähige industrielle Basis der europäischen Verteidigung stärken und einen Beitrag zur strategischen Autonomie der EU leisten.

Durch zwei Vorläufer des Fonds unternimmt die Kommission Schritte, um im Rahmen des EU-Haushalts die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich bereits jetzt Wirklichkeit werden zu lassen. Die Vorbereitende Maßnahme im Bereich Verteidigungsforschung liefert das dritte Jahr in Folge Ergebnisse. Und durch die heutigen Beschlüsse leitet die Kommission über das Europäische Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich (EDIDP) die ersten EU-finanzierten gemeinsamen industriellen Verteidigungsprojekte ein. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Bereichen Drohnentechnologie, Satellitenkommunikation, Frühwarnsysteme, künstliche Intelligenz, Cyberabwehr und Meeresüberwachung.“

Der EVF ist eine vorläufige Vereinbarung – Widerstand regt sich

Noch vor der Genehmigung des teilweise vereinbarten Gesetzestextes für einen Europäischen Verteidigungsfonds durch das EU-Parlament im April dieses Jahres wies Euractiv auf Probleme und schwerwiegende Bedenken hin²¹:

„Eine Insiderquelle betonte allerdings: ‚Das Problem ist aber, dass [diese Entscheidung] nicht endgültig ist und wir uns nach der Einigung auf den nächsten MFR (Mittelfristiger Finanzrahmen, PF) ohnehin erneut diesem Dossier zuwenden werden müssen.‘ Auch weitere nachträgliche Änderungen seien nicht undenkbar.

Ethische Belange wie die Erforschung autonomer Waffen oder mögliche Waffenexporte waren einige der umstrittensten Themen der letzten Diskussionsrunden.

Die Parlamentsfraktion der Grünen drängte darauf, sicherzustellen, dass die Mittel aus dem EVF nicht für tödliche autonome Waffensysteme (LAWs) und sogenannte ‚Killerroboter‘ verwendet werden.“

Es müssen also innerhalb des EU-Parlaments erhebliche Widersprüche und Widerstände gegen den Europäischen Verteidigungsfonds vorliegen, die von Euractiv nur angedeutet werden. Immerhin stimmten bei der ersten Lesung im April neben den Grünen und der Linken auch die SPD-Abgeordneten gegen den Verteidigungsfonds. So berichtete das Neue Deutschland²²:

„Gegen den Verteidigungsfonds stimmten im Europaparlament unter anderem die SPD-Abgeordneten. Sie kritisierten eine unzureichende parlamentarische Kontrolle bei der Bewertung von Förderanträgen und die bislang fehlende Möglichkeit für die Europäische Union, die Exporte der durch EU-Mittel geförderten Rüstungsgüter zu kontrollieren. ‚Nötig wäre, sich endlich auf eine europäische Regelung für Rüstungsexporte zu einigen, um unter Einbeziehung des Europaparlaments verbindliche restriktive Grenzen zu setzen‘, erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der Europa-SPD, Arne Lietz.

Harsche Kritik übte auch der sozialdemokratische Europa-Abgeordnete Tiemo Wölken auf seiner Website. ‚Subventionen aus dem EU-Haushalt für die Rüstungsindustrie sind der falsche Weg‘, so Wölken. Problematisch sei auch, dass die EU für diese zusätzliche Aufgabe keine neuen Finanzmittel aus ihren Mitgliedstaaten erhalte. Wölken wies darauf hin, dass das Geld also an anderer Stelle fehlen werde. Nach der jetzigen Abstimmung sollen sogar für die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen Fördermittel aus dem EU-Fonds möglich sein, warnte der Sozialdemokrat. Politiker der Grünen hatten sich ebenfalls kritisch zu dem Fonds geäußert.“

Der Schattenberichterstatter²³ der Grünen kritisierte, dass die getroffene Vereinbarung die Ausfuhr von Waffen in autoritäre Regime fördere, da es derzeit keine gemeinsamen Exportkontrollen auf EU-Ebene gibt, die wirksam Ausfuhren einschränken würden.²⁴

Einer der Streitpunkte ist auch, dass das Abkommen zwar formal die Entwicklung tödlicher autonomer Waffen und völkerrechtlich verbotener Waffensysteme wie Landminen ausschließt. Aber laut dem Schattenberichterstatter der sozialdemokratischen Fraktion, Edward Martin, seien die Einschränkungen unzureichend: „Wir können nicht nur einen Verweis auf das Völkerrecht haben, denn das Völkerrecht ist nicht eindeutig“, sagte Martin. „Wir müssen die Arten von Waffen auflisten, in die wir nicht wollen, dass Europa investiert“, erklärte er den Abgeordneten.“²⁵

Die internationale Kampagne gegen autonome Waffensysteme, die 2012 in New York gegründet wurde, führt ihren Kampf seit sechs Jahren unter der Parole „Killer Roboter stoppen!“ und verlangt ausdrücklich auch „Keine Killerroboter für den europäischen Verteidigungsfonds“²⁶. Trotz einer Resolution des Europäischen Parlaments vom 12. September 2018, in welcher eine überwältigende Parlamentsmehrheit den Beginn von „internationalen Verhandlungen für ein rechtsverbindliches Instrument zum Verbot letaler autonomer Waffensysteme“ forderte, nimmt die EVF-Vereinbarung einzelne Typen autonomer Waffensysteme von einem Verbot aus. Außerdem ist die Produktion bestimmter Nuklearwaffen und anderer unterschiedslos wirkender Waffen, zum Beispiel Brandwaffen, im Gegensatz zur Entwicklung letaler autonomer Waffensysteme weiterhin erlaubt.

ENAAAT, das European Network Against Arms Trade, ein Netzwerk aus 17 europäischen Friedensorganisationen aus 13 Staaten, wandte sich vor der ersten Lesung des EVF in einem offenen Brief an die Mitglieder des Europäischen Parlaments.²⁷

Darin wird gewarnt,

- dass der Gesetzestext des vorläufigen EVF „ein gefährlicher Präzedenzfall für das demokratische Funktionieren der EU“ sei und sich „insbesondere gegen die Aufsichtsfunktion des Parlaments“ richte.

- Ferner wird die ethische Überprüfung als „nicht transparent und glaubwürdig bezeichnet, weil sie nur vor der Unterzeichnung der Vereinbarung durchgeführt werden soll und das auch nur dort, wo Sachverständige, die womöglich aus der Rüstungsbranche kommen, es für nötig halten. Die Möglichkeit von ethischen Überprüfungen während der Durchführung eines Projekts wurde aus dem Gesetzentwurf entfernt.

- Ferner werde das globale Wettrüsten verschärft und die Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen erleichtert. Die EU werde bei der Ausfuhr von EU-finanzierten Militärgütern aus den Mitgliedstaaten mit unterschiedlicher Exportpraxis kein Mitspracherecht haben.

- Es werde weiter zur Entwicklung kontroverser Waffen beigetragen: „Während der Ausschluss von tödlichen autonomen Waffen ohne die Möglichkeit der menschlichen Kontrolle über kritische Funktionen zu begrüßen ist, sind F & E (Forschung und Entwicklung) für andere Arten unbemannter oder autonomer Systeme erlaubt, einschließlich bewaffneter Drohnen und voll autonomer Systeme für ‚ausschließliche Verteidigungszwecke‘. Auch nicht alle Arten von Massenvernichtungswaffen, einschließlich Brandwaffen oder angereicherte Uranmunition sind ausgeschlossen. In einem Kontext, wo klare internationale Verträge von Supermächten plötzlich infrage gestellt werden können, ist es besorgniserregend, dass die EU vermeidet, verlässliche Standards für die Entwicklung neuer Waffen festzulegen.“

Ein weiterer, gewichtiger Kritikpunkt ist die nationale Kofinanzierung der Förderung durch den EVF. Die Kofinanzierung liegt zwischen 20 und 80 Prozent, sodass das subventionierte Gesamtvolumen deutlich steigt. So werden aus den anvisierten 13 Milliarden schätzungsweise knapp 50 Milliarden Militärausgaben.

ENAAAT hat deshalb eine Unterschriftenkampagne gegen den EVF gestartet, der sich bislang fast 150.000 Menschen angeschlossen haben – im Appell dazu heißt es: „EU-Gelder sollen nicht in die Entwicklung neuer Militärtechnik fließen. Forschungsgelder sollen vielmehr der Vorbeugung und der gewaltfreien Konfliktlösung dienen und die Ursachen von Konflikten bekämpfen.“²⁸

Schlussbemerkung

Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) spricht sich in einer neuen Studie für eine Stärkung der neu zu besetzenden EU-Kommission als sicherheits- und verteidigungspolitische Akteurin aus. Eine weitere Europäisierung der Militärpolitik werde mittel- bis langfristig dazu führen, dass Kompetenzen von den Einzelstaaten der EU übertragen werden²⁹: „Wenn die administrative Leitung und Kontrolle des neuen EVF übertragen wird und die Zuständigkeiten der Kommission auf eine rein ökonomische und wettbewerbsrechtliche Regulierung eines europäischen Rüstungsbinnenmarktes begrenzt werden, wird in der Folge die Kommission auch politisch und strategisch gestärkt. Je autonomer sie über die Gewährung von Fördergeldern und Projektmitteln für Rüstungsprojekte verfügen darf, desto schneller wird dieser Prozess verlaufen.“ Umgekehrt werde die gewünschte Zentralisierung der Militärpolitik in der Kommission beziehungsweise in einer der Kommission unterstehenden Behörde/Organisation umso langsamer verlaufen, „je mehr und je umfassendere Kontroll- und Einflussmöglichkeiten sich die Mitgliedstaaten sichern können“. Noch hinderlicher für diesen angestrebten Prozess einer rasanten Militarisierung der EU wären natürlich Mitspracherechte des Europäischen Parlaments.

Die Stiftung Wissenschaft und Politik spielt über die schweren Bedenken und Widerstände hinweg, die sich schon im Laufe dieses Jahres noch massiv verstärken könnten. Für die SWP steht „außer Frage“, „dass sich die EU und die Kommission verteidigungs- und rüstungspolitische Ziele setzen, dass sie strategische Interessen verfolgen und den hierfür erforderlichen administrativen Unterbau schaffen werden“. Die Friedensbewegung und die linken Flügel verschiedener Parteien müssen alles tun, um diesen Prozess, der angeblich „außer Frage“ steht, ernsthaft infrage zu stellen.

Eine Langfassung erschien als IMI-Studie 2019/05 und kann auf www.imi-online heruntergeladen werden.

Anmerkungen

- 1 Peter Becker, und Ronja Kempin. „Die EU-Kommission als sicherheits- und verteidigungspolitische Akteurin, *SWP-Aktuell* 2019/A 34“.
- 2 „Pesco“. In: *Wikipedia*, 16. Mai 2019.
- 3 [Art. 41 EU](#), [Art. 41 EU-Vertrag](#) § Titel V - Allgemeine Bestimmungen über das auswärtige Handeln der Union und besondere Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (Art. 21 - 46), Kapitel 2 - Besondere Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (Art. 23 - 46) , Abschnitt 1 - Gemeinsame Bestimmungen. (Art. 23 - 41) (o. J.).
- 4 Sabine Lösing, und Martin Schirdewan. „Rechtsgutachten bestätigt: Europäischer Verteidigungsfonds ist illegal. Rechtsfragen der Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds (EVF), Rechtsgutachten im Auftrag der Fraktion der GUE/NGL im EP, Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano, LL.M. (EUI), Universität Bremen“. *DIE LINKE. Europa*, 12. Dezember 2018.
- 5 Ebd.
- 6 Markus Becker. „Rüstung: EU-Verteidigungsfonds laut Gutachten illegal“. *Spiegel online*, 10. Dezember 2018.
- 7 MdEP der GUE/NGL-Fraktion. „Minderheitenansicht, Plenaritzungsdokument, A8-0412/2018“. *Europäisches Parlament*, 28. November 2018.
- 8 Bettina Klein. „Einigung zu EU-Verteidigungsfonds - Großer Fortschritt oder überflüssige Geldspritze?“ *Deutschlandfunk*, 28. Februar 2019.
- 9 Tatsächlich liegt der US-Haushalt noch einmal ein gutes Stück darüber: „Das Pentagon forderte für 2020 mit 718 Milliarden 33

Milliarden oder 5 Prozent mehr als 2019 (544,5 für den normalen Haushalt, 164 Milliarden für Auslandseinsätze und 9,2 Milliarden für die Mauer). Dazu kommt das Budget für die National Nuclear Security Administration NNSA in Höhe von 16,5 Milliarden, 8,3 Prozent mehr als 2019. Jetzt hat der Senat wieder mit überwältigender Mehrheit von 86 zu 8 Stimmen ein Gesamtbudget von 750 Milliarden – wie von Donald Trump gewünscht – gebilligt.“ (Florian Rötzer: „US-Senat winkt 750-Milliarden-Rüstungshaushalt durch“. *Telepolis*, 04. Juli 2019)

- 10 Jan Dams, Nikolaus Doll, Gerhard Hegmann, und Karsten Seibel. „Europäischer Verteidigungsfonds: Der schwierige Traum von europäischen Waffenschmieden“. *Welt*, 3. September 2018.
- 11 Ebd.
- 12 Brzozowski, Alexandra. „Gutachten: Gemeinsamer Verteidigungsfonds könnte gegen EU-Recht verstoßen“. *euractiv.com* (blog), 17. Dezember 2018.
- 13 Ebd.
- 14 [Europäisches Parlament](#). „Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 15. bis 18. April 2019 in Straßburg“, 11. April 2019.
- 15 Brzozowski, Alexandra. „EU-Gesetzgeber winken Europäischen Verteidigungsfonds durch, verzichten auf parlamentarisches Veto“. *euractiv.com* (blog), 19. April 2019.
- 16 Ebd.
- 17 Brzozowski, Alexandra. „Teil-Einigung auf Europäischen Verteidigungsfonds“. *euractiv.com* (blog), 22. Februar 2019.
- 18 Ebd.
- 19 „Communication Launching the European Defence Fund COM(2017) 295 final, deutsche Fassung: Einrichtung des europäischen Verteidigungsfonds, Mitteilung der Kommission“. [European Commission - DocsRoom](#), 7. Juni 2017.
- 20 „Europäischer Verteidigungsfonds“. Text. [EU-Kommission - European Commission](#), 19. März 2019.
- 21 Brzozowski, Alexandra. „Teil-Einigung auf Europäischen Verteidigungsfonds“. *euractiv.com* (blog), 22. Februar 2019.
- 22 Riel, Aert van. „EU subventioniert die Rüstungsindustrie“. *Neues Deutschland*, 20. April 2019.
- 23 Berichterstatter sind im europäischen Parlament die Abgeordneten, die im Rahmen der Rechtsetzung der Europäischen Union für einen bestimmten Gesetzesvorschlag im jeweiligen Ausschuss zuständig sind. Um eine einseitige Fassung des Entscheidungsvorschlag des Ausschusses durch den Berichterstatter zu vermeiden, sind die Fraktionen berechtigt, zusätzlich sogenannte Schattenberichterstatter zu benennen.
- 24 In Form des Gemeinsamen Standpunkts 2008/944 „betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern“ existieren eigentlich – rechtlich bindende – Rüstungsexportrichtlinien auf EU-Ebene – sie werden nur permanent unterlaufen.
- 25 Brzozowski, Alexandra. „EU-Gesetzgeber winken Europäischen Verteidigungsfonds durch, a. a. O.
- 26 „Keine Killerroboter für den Europäischen Verteidigungsfonds“. [Killer Roboter stoppen!](#) (blog), 11. März 2019.
- 27 ENAAT. „Open Letter to MEPs ‘EU Defence Fund agreement a dangerous precedent for EU democracy’“. ENAAT european network against arms trade, 10. April 2019.
- 28 <https://act.wemove.eu/campaigns/kein-geld-fuer-ruestung>
- 29 Peter Becker, und Ronja Kempin 2019.

Militärmacht EUropa?

Claudia Haydt / Jürgen Wagner
Die Militarisierung der EU
 Der (un)aufhaltsame Weg Europas zur militärischen Großmacht
 304 Seiten
 12,5 x 21 cm - Klappenbrochur
 14,99 € [D]
 ISBN 978-3-95841-087-9

eb edition berlina

